

Wahlprüfsteine vom Landeselternbeirat der Kindertageseinrichtungen NRW - Antworten der Piraten

1. Frühkindliche Bildung/KiBiz/Arbeitsmarktsituation

1.1

Halten Sie die derzeitigen Personalschlüssel in den Kindertagesstätten für ausreichend?

Falls nicht, welchen Personalschlüssel streben Sie an?

Wie stellen Sie eine Berechnungsgrundlage sicher, die Fortbildung, Krankheit, Urlaubszeiten, Schwangerschaften, Verwaltungstätigkeiten des Fachpersonals beinhaltet?

Keinesfalls! Wir erwarten, dass das Land die Träger befähigt, sich an die Empfehlungen der Experten zu halten und wollen Personalschlüssel von 1:3 im U3-Bereich und 1:6 im Ü3-Bereich erreichen.

Sämtliche Zeitaufwendungen des Fachpersonals müssen in die Berechnung des Personalschlüssels einfließen. Der Personalschlüssel muss auf die reine Betreuungszeit bezogen gebildet werden. Kita- bzw. trägerübergreifende Vertretungsregelungen müssen geschaffen werden. Wir werden uns weiter dafür engagieren, dass die vorhandenen ausführlichen Analysen aus Wissenschaft (z.B. der Hochschule Niederrhein) und Praxis (seitens der Träger, Dachverbänden, Elterninitiativen) Beachtung finden und die hieraus folgenden Forderungen umgesetzt werden.

1.2

Durch steigende Nachfrage nach U3-Plätzen und einer steigenden Geburtenrate hinkt die Anzahl der Plätze dem Bedarf immer noch hinterher. Wie ist aus Ihrer Sicht eine bedarfsgerechte U3, aber auch Ü3 Versorgung zu erreichen?

Die Kommunen müssen frühzeitig Bedarfsabfragen bei den Eltern durchführen und diese den Landesjugendämtern melden. Basierend auf den Geburtenzahlen und Zuzügen müssen die Kommunen vorausplanend die Zahl der benötigten Plätze ermitteln, statt dem angemeldeten Bedarf hinterher zu planen.

1.3

Viele Einrichtungen haben Schwierigkeiten geeignete Kräfte zu finden, so dass oftmals Stellen über Monate unbesetzt bleiben. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um dem Fachkräftemangel zu begegnen?

Wir wollen die Zahl der Ausbildungsplätze erhöhen und Quereinsteiger qualifizieren. Außerdem muss die Kindertagesbetreuung in NRW auskömmlich und zukunftssicher finanziert werden, so dass potenzielle Fachkräfte nicht damit rechnen müssen, sich für einen unsicheren, schlecht bezahlten oder chronisch überlastenden Berufsweg zu entscheiden. Es darf in der Gesellschaft nicht für selbstverständlich befunden werden, dass "Aufopferung" in sozialen Berufen dazugehört.

1.4

Halten Sie die bisherigen Maßnahmen zur Integration von Kindern mit Migrationshintergrund für ausreichend? Falls nicht, was möchten Sie tun, um die Integration dieser Kinder zu verbessern?

Auch hier verhindert die Unterfinanzierung des Systems, dass so gut gearbeitet werden kann, wie es wissenschaftliche Erkenntnisse und Wille der Beteiligten eigentlich ermöglichen würden. Nicht alle Kinder mit definitorischem "Migrationshintergrund" haben einen besonderen "Integrationsbedarf". Wer aber z.B. noch besondere Hilfe beim Erlernen der deutschen Sprache bräuchte, leidet unter Qualitätsmängeln wesentlich stärker als Altersgenossen ohne Einwanderungsgeschichte. Das geht soweit, dass eine Studie sogar urteilt, dass ihnen der Besuch einer schlechten Kita mehr als das alternative Zuhause Bleiben schade.

Neben der Verbesserung des Personalschlüssels und ähnlichen Maßnahmen zur allgemeinen Steigerung der Qualität sehen wir interkulturelle Weiterbildungsangebote und die Stärkung der Zusammenarbeit von Personal und Eltern als notwendige Schritte zu besserer Integration an.

Im Rahmen des Ausbaus der "Familienzentren" ist darauf zu achten, dass bewährte Angebote flächendeckend zugänglich gemacht werden und sich die einzelnen Standorte ergänzen und auf die spezifischen Bedarfe vor Ort eingehen, statt durch Doppelungen oder unpassende Konzepte Fördermöglichkeiten zu verschenken.

1.5

Halten Sie die bisherigen Maßnahmen zur Integration von Kindern aus Flüchtlingsfamilien für ausreichend? Falls nicht, was möchten Sie tun, um die Integration dieser Kinder zu verbessern?

Für Kinder aus geflüchteten Familie gilt schon einmal das Gleiche wie für jene aus Einwanderungsfamilien (1.4). Die Beschäftigten der Kitas sollten darüber hinaus für den Umgang mit Traumatisierung geschult werden und klare Anlaufstellen haben, die ihnen mit bisher unbekanntem Herausforderungen weiterhelfen können.

1.6

Halten Sie die bisherigen Maßnahmen zur Inklusion von Kindern mit Behinderungen für ausreichend? Falls nicht, was möchten Sie tun, um die Integration dieser Kinder zu verbessern?

Wir sehen die Integration von Sonderpädagogen in den Kita-Alltag, wie sie in vielen integrativen Kindertagesstätten bis 2014 Praxis war, als wichtigen Punkt für gelingende Inklusion. Statt der externen sonderpädagogischen Betreuung von Kindern mit Förderbedarf treten wir für eine Betreuung in den Kindertagesstätten ein.

1.7

Allgemeiner Konsens zwischen den Parteien ist die Entwicklung eines neuen Gesetzes, das das KiBiz ablösen soll. Wie sehen Ihre Eckpunkte für ein neues Gesetz aus?

Wir bedauern sehr, dass die bisherigen Regierungsfaktionen die parlamentarische Debatte über das neue Gesetz oder auch nur seine

Eckpunkte mutwillig (durch Verzögerung bis zur Wahl) verhindert haben, um das Thema stattdessen in den Wahlkampf zu tragen.

Wir selbst legen keinen eigenen "Eckpunktekatalog" vor, unser Ziel lässt sich aber einfach zusammenfassen: Wir erwarten vom neuen Gesetz, dass es NRWs Kitas dauerhaft auskömmlich finanziert und sicherstellt, dass sie ihrem Auftrag in der gebotenen Qualität nachkommen können.

1.8

Catering vs. Selber kochen in der Einrichtung: Wie sieht aus Ihrer Sicht die optimale Ernährung der Kinder in den Kindertageseinrichtungen aus?

Wie kann man den Kindern den Bezug zur Herkunft und Zubereitung von Lebensmitteln wieder näher bringen?

Die Finanzierung von Hauswirtschaftskräften wäre ein erster Schritt. Am wichtigsten ist – unabhängig von der Frage, ob in den Einrichtungen oder von externen Dienstleistern gekocht wird –, dass alle Kinder gesunde (ausgewogene, altersangemessene) statt möglichst preiswerte Mahlzeiten erhalten.

Pädagogische Modelle zum Thema Ernährung sollten in den Kita-Alltag integriert werden. Auch Kinder in diesem Alter profitieren zweifelsohne davon, zumindest in regelmäßigen Abständen an der Zubereitung von Mahlzeiten beteiligt und mit der Vielfalt besonders von Obst und Gemüse bekanntgemacht zu werden.

2. Vereinbarkeit von Familie und Beruf

2.1

Die derzeitigen täglichen Öffnungszeiten der Kindertageseinrichtungen sind nicht für alle

Eltern ausreichend und meist nicht flexibel. Benennen Sie Möglichkeiten, um die Eltern mit ihren Kindern zu unterstützen.

Wir setzen uns für den Ausbau von Randzeitenbetreuung ein, diese müssen in ein pädagogisches Konzept der Einrichtung integriert werden. Wichtig ist allerdings, dass es nicht um maximale "Verwahrung" geht, sondern die Bedürfnisse des Kindes immer im Vordergrund stehen und ihm keine Betreuungszeiten zugemutet werden, die nicht mit seinem Wohl vereinbar sind. Wir machen uns für ein gesellschaftliches Umdenken von einer arbeitsmarktzentrierten hin zu einer familienzentrierten Sicht stark: Im Zweifelsfall sollte der Chef flexibel sein müssen, nicht das Kind der Beschäftigten.

Auch um Eltern zu ermöglichen, mehr Zeit mit ihren Kindern zu verbringen, ohne deshalb in existenzielle Nöte zu geraten, setzen wir uns langfristig für ein bedingungsloses Grundeinkommen, kurzfristig für eine Kindergrundsicherung und einen höheren Mindestlohn ein. Eine solche Absicherung der Existenz und der soziokulturellen Teilhabe würde Eltern vom Zwang befreien, mehr Zeit in Erwerbsarbeit zu investieren, als sie ihrer Familie eigentlich zumuten wollen.

Eine (gleichgestellte) Alternative zu Kindertageseinrichtungen ist gerade auch für ungewöhnliche Arbeitszeiten die Kindertagespflege, die weder landesseitig noch kommunal vernachlässigt werden darf.

2.2

Leider gibt es immer noch Schwierigkeiten bei der Übergangsbetreuung beim Übergang Kita/Schule. Welche Maßnahmen können Ihrerseits ergriffen werden? Kindergarten- und Schuljahr müssen synchronisiert werden.

2.3

Der Betreuungsbedarf der Eltern kann sich während des Kindergartenjahres ändern. Bisher können sich die Eltern aber nur 1x im Jahr für ein bestimmtes Kontingent entscheiden. Was kann Ihrer Ansicht nach getan werden, um hier mehr Flexibilität für die Eltern zu schaffen?

Die Planungssicherheit der Kitas und der elterliche Wunsch nach flexiblen Wechselmöglichkeiten stehen einander gegenüber. Kommunen tun sich schwer, die Elternbeiträge unterjährig neu zu berechnen. Ein flächendeckender ausreichender Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten würde Wechselmöglichkeiten erlauben, die von uns angestrebte Elternbeitragsfreiheit würde die Notwendigkeit der Beitragsneuberechnung entfallen lassen.

2.4

Immer mehr Eltern, insbesondere auch Väter wünschen sich mehr Zeit für ihre Kinder.

Doch wirtschaftlicher Zwang durch steigende Lebenshaltungskosten, befristete

Arbeitsverhältnisse, eine fehlende Akzeptanz von Elternzeit und die Angst beruflich ins Abseits zu geraten, wenn Eltern in Teilzeit gehen, stehen diesem Wunsch oftmals entgegen.

Welche familienpolitischen Ideen haben Sie zur Lösung der genannten Probleme junger Familien.

Wie kommen wir zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, z.B. durch familienfreundlichere Arbeitszeiten statt einer ständigen Flexibilisierung der Eltern und Kinder?

Der Appell an die Arbeitgeber, familienfreundliche Arbeitszeiten anzubieten muss weiter formuliert werden. Unabhängig davon sehen wir die Kindergrundsicherung und langfristig ein bedingungsloses Grundeinkommen als Möglichkeit für Eltern, Familie und Beruf besser vereinbaren zu können.

Die Familie muss auch dann genug Geld zum Leben haben, wenn die Eltern (in Paarfamilien meist zuerst der Vater) nicht unverhältnismäßig viel Zeit in Erwerbsarbeit investiert.

Besonders Geringverdiener und Alleinerziehende sind dazu auf sichere Beschäftigungsverhältnisse mit armutsfesten Löhnen und ausreichende staatliche Förderung ihrer Kinder angewiesen. Piraten fordern einen Mindestlohn von 12,50€ und setzen sich langfristig für ein *Bedingungsloses Grundeinkommen* (BGE) ein. Zu dessen Grundidee gehört, dass die dadurch gegebene existentielle Absicherung den Menschen Gestaltungsspielräume eröffnet, die eben auch dafür genutzt werden können, mehr Zeit in die Fürsorgearbeit in der Familie zu investieren, ohne dadurch in existentielle Not zu geraten.

Bis zur Verwirklichung des BGE kämpfen wir für die sofortige Einführung einer *Kindergrundsicherung*. Diese soll den realen Bedarf eines jeden

Kindes unabhängig von der Einkommenssituation seiner Eltern decken und ihm gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen.

Wir wollen auch dafür sorgen, dass mehr Heimarbeitsplätze angeboten werden. Viele Arbeitsplätze benötigen keine dauerhafte Präsenz vor Ort. Der verstärkte Einsatz von Heimarbeitsplätzen würde unnötige Fahrzeiten und damit verbundene Kosten einsparen. Ein im ländlichen Bereich gut ausgebautes Breitband-Internet würde mehr Arbeitnehmer/innen die Möglichkeit zum Home Office bieten.

Generell müssen Erwerbstätige - und besonders Fürsorgepflichtige mit ihren Kindern - "von ihrer Arbeit leben" können. Die Piratenpartei fordert geschlechterunabhängige gleiche Bezahlung, Chancen- und Entwicklungsmöglichkeiten: Ein faires, höheres Einkommen für Frauen wäre nicht nur gerecht, sondern würde verhindern, dass (gemischtgeschlechtliche) Paare aus „Vernunftgründen“ auf die klassische Aufteilung von Erwerbs- und Fürsorgearbeit zurückgreifen, selbst wenn sie eine andere bevorzugen würden.

3. Finanzierung

3.1

Welchen Betrag aus dem Landeshaushalt sieht Ihre Partei zukünftig jährlich für die

Finanzierung der Kinder im Kindergartenalter vor?

In der Sachverständigenanhörung zu unserem Antrag mit dem Ziel, das Überleben der KITAS bis zum Inkrafttreten des neuen Gesetzes mit 2 Mrd. zu sichern, erhob Prof. Dr. Heister (Durchführer der "AWO-Studie" der Hochschule Niederrhein) eine wichtige Forderung für die zukünftige Finanzierung der KITAS: Die Politik sollte keine fixe Summe vorgeben, die dann irgendwie mangelverwaltet werden muss. Stattdessen müssen wir uns pädagogisch vertretbare Mindeststandards zum Ziel nehmen und dann errechnen, wie viel die Verwirklichung kostet. Dem schließen wir uns an. Bis zum Inkrafttreten eines neuen, auskömmlichen Gesetzes halten wir an unserer Forderung fest, den aktuellen Haushaltsansatz "Kindpauschalen" auf 3.974.492.800 Euro zu erhöhen. Zur Realisierung der Elternbeitragsfreiheit wären 600.000.000 Euro notwendig.

3.2

Möchten Sie die Eltern von Elternbeiträgen entlasten oder sind Sie für die vollständige Beitragsfreiheit der Kindertagesbetreuung? Wenn ja, in welcher Höhe und in welchem Zeitraum wollen Sie die Entlastung/Beitragsfreiheit umsetzen?

Wir streben die Beitragsfreiheit an und wollen sie schnellstmöglich umsetzen.

3.3 und 3.4

Was hat für Ihre Partei Priorität: Der Ausbau des Betreuungsangebots, die Verbesserung

der Personalschlüssel/Qualität oder die Beitragsfreiheit der Eltern ?

Die Verbesserung von Qualität und Personalschlüssel gebietet das Recht der Kinder auf Bildung und Erziehung (statt bloßer Betreuung) und ist nicht verhandelbar, bis nicht zumindest die von Fachleuten geratene Mindeststandards erreicht sind.

Wir möchten die drei Punkte jedoch nicht gegeneinander ausspielen, da wir alle drei für wichtig halten. Wenn "gespart werden muss", muss es für das Land vertretbarere Anlaufstellen als die frühkindliche Bildung geben, die es mit Menschen in der prägendsten Phase ihres Lebens zu tun hat und alle mit guten Startchancen ausstatten soll. Wer hier spart, vernachlässigt nicht nur seine Verantwortung, sondern zahlt später auch drauf.

Im Zuge der Haushaltsberatungen im letzten Jahr und auch mit einem eigenen Antrag haben wir deshalb konsequent gefordert, sowohl die benötigte Summe für Elternbeitragsfreiheit als auch für den Betrieb mit ausreichend Personal bereitzustellen.

3.5

Wie soll die Finanzierung dieser Beträge erfolgen?

Der Haushalt des Landes NRW hat zuletzt Überschüsse produziert und die Steuerprognosen zeigen weitere Überschüsse. Diese Überschüsse decken den nötigen Mehraufwand für die frühkindliche Bildung und Betreuung jedoch nur in Teilen. Wir setzen uns dafür ein, Bildung aus der Schuldenbremse auszunehmen.

3.6

Wie sehen Sie die höchst unterschiedlichen Beitragshöhen und Beitragsstufen in den Kommunen in NRW?

Die inhomogene Beitragslandschaft in NRW ist abzuschaffen. Regelmäßige Änderungen der Beitragssatzungen der Kommunen sind den Eltern nicht zu vermitteln. Kommunen konkurrieren über die Höhe der Elternbeiträge um junge Familien, die sich aber wiederkehrend mit sich ändernden Satzungen konfrontiert sehen.

Eine generelle Elternbeitragsfreiheit (wie von uns gewünscht) würde das Problem lösen, hier dürfen Träger und Kommunen allerdings nicht mit den Mehrkosten allein gelassen werden. Wir bedauern, dass seitens der Regierungsfractionen keine Anstrengungen mehr erfolgten, dieses Koalitionsversprechen von 2012 einzulösen, und auch unser entsprechender Haushaltsantrag im vergangenen Herbst abgelehnt wurde.

3.7

Wie wollen Sie eine Transparenz im Finanzierungssystem gewährleisten?

Wir haben hier noch kein eigenes Konzept, sondern engagierten uns für vollständige Beitragsfreiheit. Im Bezug auf den Nachfolger des Kinderbildungsgesetzes gingen wir (wie die restlichen Akteure) bis zuletzt davon aus, dass die Landesregierung ihr Versprechen einlösen und jeden Moment Ergebnisse ihrer behaupteten "Gespräche mit allen relevanten Beteiligten" zur Diskussion im Landtag vorzuweisen hätte, die dann im Detail zu besprechen gewesen wären. Uns erschien nicht sinnvoll, hier im Alleingang einen konkurrierenden Entwurf ins Rennen zu schicken.

4. Landeselternbeirat der Kindertagesstätten

4.1

Wie hat sich die Arbeit des Landeselternbeirats der Kindertagesstätten (LEB) in der letzten Legislaturperiode aus Ihrer Sicht entwickelt?

Der Landeselternbeirat leistet wichtige Arbeit für alle Teilnehmer im Themenfeld frühkindliche Bildung und Betreuung. Politik, Landesjugendämter, Stadtelternbeiräte und letztlich Eltern profitieren davon. Wir begrüßen insbesondere auch die ehrlichen Worte in den Sachverständigenanhörungen im Landtag, die es den Entscheidungsträgern hier schwer machen, die realen Zustände und Probleme zu "übersehen".

4.2

Wie sehen Sie die zukünftige Rolle des LEB?

Elternvertreter müssen weiterhin eine wahrnehmbare Stimme der Familien und ihrer Interessen sein. Die Überlegungen des LEB, zukünftig möglicherweise auch die Kindertagespflege institutionell zu unterstützen, begrüßen wir.

4.3

Wie wollen Sie den LEB künftig unterstützen?

Wir freuen uns auf einen engen Meinungsaustausch und auf die wertvollen Informationen aus der Elternschaft. Wir würden die Zusammenarbeit mit dem LEB über die Gespräche mit der Fraktion gerne ausbauen und in unsere Arbeitskreise ausdehnen. Darüber hinaus sind wir immer offen für Unterstützungsanfragen - Probleme werden von Betroffenen selbst immer schneller erkannt, da freuen wir uns über Hinweise auf Handlungsbedarf.

4.4

Welche Erwartungen haben Sie an den LEB?

Wir hoffen, der LEB setzt seine bisherige erfolgreiche Arbeit fort, die wir sehr gerne unterstützen werden.

4.5

Die Elternbeiräte fordern eine klare gesetzliche Regelung ihrer Mitwirkungsrechte/Mitbestimmungsrechte. Wie kann die Arbeit der Elternbeiräte in den Einrichtungen und den Kommunen gestärkt werden? Wichtig ist, auf allen Ebenen ein Bewusstsein für die Notwendigkeit der elterlichen Mitwirkung zu schaffen und die Eltern mitzunehmen. Die Kommunen / Jugendverwaltungen sollen angehalten werden, die Stadtelternbeiräte aktiv zu unterstützen und die Eltern über die gesetzlichen Möglichkeiten aufzuklären.

4.6

Bislang gibt es immer noch keine Klärung der juristischen Form der Gremien

Jugendamtselfternbeirat (JAEB) und Landeselternbeirat (LEB).

Wie kann nach Ansicht Ihrer Partei hier praktische Abhilfe geleistet werden und wie wollen Sie uns dabei unterstützen?

Eine juristische Einordnung der möglichen Rechtsform der Elternbeiräte ist dringend nötig. Hier muss der Gesetzgeber umgehend handeln.

4.7

Die Jugendamtselternbeiräte fordern ein Stimmrecht im Jugendhilfeausschuss. Sind Sie ebenfalls dafür oder äußern Sie Ihre Bedenken.

Wir sind eindeutig dafür. Die Klärung der Rechtsform (siehe 4.6.) bringt hier möglicherweise Abhilfe.